

## Medienmappe

Zum virtuellen Mediengespräch:

# Klimaaktivismus und öffentlicher Diskurs – ein problematisches Verhältnis?

16. Oktober 2025

Am 24. Oktober ist Climate Action Day, also Internationaler Tag des Klimaschutzes. Dieser soll nicht nur die Sensibilität für die Gefahren des Klimawandels erhöhen, sondern auch zu konkretem Handeln animieren. Diskurs. Das Wissenschaftsnetz nimmt dies zum Anlass, um das Spannungsfeld zwischen wissenschaftlichen Befunden zur Erderhitzung, dadurch angestoßenem Aktivismus und gesellschaftlichen Reaktionen darauf, zu thematisieren.

Gerade um die Aktionen von Klimaaktivist:innen, wie jene der Letzten Generation, ist in Österreich (und Deutschland) im öffentlichen Diskurs eine zum Teil stark emotionsgefärbte Debatte und von Teilen der Politik und der Medien konfrontativ geführte Auseinandersetzung, die auch repressive Elemente enthielt, entstanden. Dies wirft grundsätzlichere Fragen nach der Bedeutung von zivilgesellschaftlichem Engagement für lebendige demokratische Strukturen und die Legitimität von demokratischen Protestformen auf. Beim Mediengespräch werden diese Aspekte aus wissenschaftlicher Perspektive und auf Basis von empirischer Evidenz, sprich aktuellen Forschungen zu Klimaaktivismus und gesellschaftlichen Reaktionen, behandelt.

### Inputs:

[Ruth Simsa](#) (WU Wien): "Nicht nur Worte: Politische Narrative, mediale Berichterstattung und der schrumpfende Raum für zivilgesellschaftlichen Klimaaktivismus"

[Siri Hummel](#) (Maecenata Institut): „Delegitimierung von Klimaprotesten im deutschen Bundestag – Ergebnisse einer Framing-Analyse“

Moderation: Manfred Krenn (Diskurs. Das Wissenschaftsnetz)

Eine Veranstaltung von [Diskurs. Das Wissenschaftsnetz](#)

*Ruth Simsa*

## **Nicht nur Worte: Politische Narrative, mediale Berichterstattung und der schrumpfende Raum für zivilgesellschaftlichen Klima Aktivismus**

### **Hintergrund:**

In den letzten Jahren gab es einen Anstieg von Klimaaktivismus als Reaktion auf wissenschaftliche Warnungen und die bereits spürbaren Auswirkungen der Erderhitzung. Zivilgesellschaftlicher Protest und auch ziviler Ungehorsam sind Zeichen einer lebendigen Demokratie und können auch wichtige Veränderungen anstoßen. So etwa im Rahmen der Klimabewegung, die seit 2018 auf Gefahren der Erderwärmung hinweist und nachhaltige Strategien für den Schutz unserer Gesellschaften fordert, sei es in Zusammenhang mit *Fridays for Future* oder Initiativen wie der *Last Generation* oder im Rahmen traditionellerer Umwelt-NGOs.

Diese Proteste fordern massive gesellschaftliche Veränderungen und führen somit auch zu Gegenreaktionen. Besonders häufig kommen diese von Seiten autoritärer oder rechtspopulistischer Parteien. Deren globaler Aufstieg führt in vielen Ländern zu Einschränkungen des zivilgesellschaftlichen Handlungsspielraumes (Chimiak et al., 2024; Simsa, 2019). Wenn es darum geht, zivilgesellschaftliche Aktivitäten einzuschränken, dann sind häufig Narrative ein erster Schritt, also die Art, wie über sie gesprochen oder geschrieben wird.

### **Fragestellungen**

- Welche Reaktionen der Politik lassen sich in Bezug auf Aktivitäten der Zivilgesellschaft im Klimabereich beobachten?
- Wie haben die Medien diese Aktivitäten bzw. Akteure seit 2018 dargestellt?
- Welche Auswirkungen haben diese Entwicklungen auf zivilgesellschaftliche Akteure im Bereich Klimaschutz?

### **Methodik**

Wir haben dies mithilfe einer Kombination von quantitativen und qualitativen Methoden untersucht. Quantitativ haben wir 51 Zeitungen analysiert, darunter die fünf großen überregionalen Tageszeitungen. Die Stichwortsuche ergab etwa 41.000 Treffer, die mithilfe von Verfahren der Sprachverarbeitung (Natural Language Processing) ausgewertet wurden. Qualitative Interviews mit 30 Aktivist:innen und Vertreter:innen von NPOs (Non-Profit-Organisationen) verdeutlichen die Auswirkungen medialer Darstellungen und politischer Strategien (Litofcenko/Simsa 2025).

### **Zentrale Ergebnisse**

Die Gesamtzahl der Berichte über Klimaproteste ist seit 2019 – mit dem Aufkommen der *Fridays-for-Future*-Bewegung – stark gestiegen. Die Häufigkeit der Berichterstattung über Klimaproteste vervierfachte sich zwischen 2018 und 2019. Trotz der Covid-19-Pandemie blieb die Zahl der Berichte über solche Proteste auf einem höheren Niveau als zuvor. Im Jahr 2023 ist erneut ein deutlicher Anstieg der Medienberichterstattung zu beobachten – Berichte über Klimaproteste waren neunmal so häufig wie im Jahr 2018.

Der Tonfall der Berichterstattung blieb bis 2021 überwiegend positiv; Klimaaktivist:innen wurden als überzeugt, bekannt, informiert und engagiert beschrieben (Litofcenko et al., 2023). Ab 2022 ist ein deutliches Umschwenken festzustellen: Die Berichterstattung war stärker von negativ konnotierten Zuschreibungen wie „radikal“, „sogenannt“, „militant“ oder „selbsternannt“ geprägt, gepaart mit Hinweisen auf das junge Alter der Aktivist:innen.

Seit 2022 war auch die Aufmerksamkeit der Politik für Klimaaktivismus angestiegen, etwa in Zusammenhang mit der Besetzung der Baustelle der Lobauautobahn, sowie auch der Aktionen der *Letzen Generation*.

Der Tonfall von Politikern v.a. von FPÖ und ÖVP, vereinzelt auch von der SPÖ gegenüber Klimaaktivist:innen wurde deutlich diffamierend. Obwohl diese gewaltfrei handelten, wurden sie zunehmend als „Terroristen“, „Extremisten“, „Hysteriker“ und „Chaoten“ bezeichnet oder sogar mit rechtsextremen Identitäten gleichgesetzt. Ihre Proteste wurden von hochrangigen Politiker:innen als „wahnsinnig“, „verrückt“ oder als „Ökoterrorismus“ dargestellt.

Laut Interviewpartner:innen wie auch Amnesty International (Amnesty International, 2024) stieg in der Folge Repression in Form von Klagen, Gewalt durch die Polizei. Bestehende Gesetze wurden zunehmend restriktiver bzw. zu Ungunsten der Aktivist:innen ausgelegt. Auch die Zuschreibung gemeinschaftlicher Gewalt oder der Verdacht der terroristischen oder kriminellen Vereinigung wurde schneller geäußert und die Anzahl von Verwaltungsstrafen stieg.

Interviews zeigen, dass es in Österreich besonders restriktive Verhältnisse in jenen Bundesländern gibt, in denen die FPÖ in der Landesregierung ist, dennoch kam es, etwa in Zusammenhang mit der Lobaubesetzung, auch von Seiten der Stadt Wien zu abwertenden Narrativen sowie einschüchternden Maßnahmen, wie etwa Klagen an Personen, die bei der Besetzung nicht anwesend waren, sehr hohem Polizeiaufgebot oder Verwaltungsstrafen in Zusammenhang mit zivilem Ungehorsam (Simsa, Ruth et al., 2024).

Diese Delegitimierung und die Kriminalisierung von Protest schwächen den Befragten zufolge auch Solidarität und Verständnis in der Bevölkerung. In der Zivilgesellschaft führt das zu Druck, finanziellen Problemen und letztlich zur Rücknahme von Aktivitäten. So hat nicht nur die *Letzte Generation* 2024 ihre Aktivitäten aufgegeben, sondern auch etablierte Umweltorganisationen sind wesentlich vorsichtiger geworden.

### **Kernbotschaften**

Abwertende oder diffamierende Narrative vor allem (aber nicht nur) von Seiten konservativer oder rechtspopulistischer Parteien haben in den letzten Jahren an Schärfe zugenommen. Gewaltfreie Menschen werden unter anderem als „Terroristen“, „Verrückte“, oder „Extremisten“ bezeichnet oder mit rechtsradikalen Identitäten gleichgesetzt.

Unsere Daten zeigen deutlich und messbar, wie negative Narrative von Politiker:innen geschaffen und von Medien popularisiert werden. Eine negative Wendung des Diskurses kann den Boden aufbereiten für verschiedene Formen von Repression. Dies war v.a. im Jahr 2024 deutlich beobachtbar, sei es in Form von Klagen, Verwaltungsstrafen, Polizeigewalt, oder der restriktiveren Auslegung von Gesetzen. In der Zivilgesellschaft hat dies zu massivem Druck geführt, zu Angst und zu finanziellen Belastungen und letztlich zur Verringerung von Aktivitäten. Dissens und Protest sind allerdings ein wichtiger Motor für Weiterentwicklung. Werden diese massiv

unterdrückt, dann schwächt dies nicht nur die Demokratie sondern auch die gesellschaftliche Problemlösungskapazität.

## Quellen:

Litofcenko, J./ Simsa, R. (2025): Erhebung zu politischer Rhetorik, Medienberichterstattung und deren Auswirkungen auf Klimaaktivismus. Unveröffentlichtes Manuscript

Amnesty International. (2024). *Under protected and over restricted. The state of the right to protest in 21 European countries*. Amnesty International.

Chimiak, G., Kravchenko, Z., & Pape, U. (2024). Civil Society and the Spread of Authoritarianism: Institutional Pressures and CSO Responses. *VOLUNTAS: International Journal of Voluntary and Nonprofit Organizations*, 35(2), 221–225. <https://doi.org/10.1007/s11266-024-00641-y>

Litofcenko, J., Vogler, A., Meyer, M., & Mehrwald, M. (2023). From controversy to common ground: The discourse of sustainability in the media. *Journal of Language and Politics*, 22(5), 661–686. <https://doi.org/10.1075/jlp.22124.lit>

Simsa, R. (2019). Civil Society Capture by Early Stage Autocrats in Well-Developed Democracies: The Case of Austria. *Nonprofit Policy Forum*, 10(3), 1–10. <https://doi.org/10.1515/npf-2019-0029>

Simsa, Ruth, Kohlenberger, Judith, Gerstbach, Rahel, Peschel, Johannes, Pospischil, Clara, & Reiter, Tobias. (2024). *Stadt Wien und Zivilgesellschaft – Kooperationspotenziale in Flüchtlingshilfe und Klimaschutz*.

---

*Siri Hummel*

## Delegitimierung von Klimaprotesten im Bundestag – Ergebnisse einer Framing-Analyse

### Hintergrund

Klimaproteste, insbesondere ziviler Ungehorsam wie Straßenblockaden oder Aktionen der *Letzten Generation*, stehen in Deutschland im Zentrum öffentlicher Kontroversen. Nach dem Soziologen Jürgen Habermas sind solche Protestformen jedoch ein demokratisch notwendiges Korrektiv: Sie machen auf Missstände aufmerksam, wenn etablierte politische Kanäle versagen. Doch die politische Debatte verschiebt zunehmend die Grenzen dessen, was als legitime Protestform gilt und insbesondere von rechtsautoritären und konservativen Akteuren wird diese Verschiebung initiiert.

### Fragestellung der Studie

Untersucht wurde, wie im Bundestag zwischen 2017 und 2023 über Klimaproteste gesprochen wird. Mittels einer qualitativen Framing-Analyse von 330 Parlamentsdokumenten wurde analysiert, welche Deutungsmuster (Frames) dominieren und welche politischen Folgen sie haben.

### Zentrale Ergebnisse

- **Dominantes Frame:** „Angriff auf Recht und Ordnung“. Klimaproteste werden als Bedrohung für Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und gesellschaftliche Stabilität dargestellt – bis hin zu Vergleichen mit Terrorismus.

- **Weitere negative Frames:**

- **Fremdsteuerung („Marionetten“):** Aktivist:innen gelten als abhängig von Parteien, NGOs oder ausländischen Geldgebern.
- **Gefährdung von Bürger:innen:** Blockaden würden Leben und körperliche Unversehrtheit Dritter riskieren.
- **Angriff auf Kultur und Wohlstand:** Aktionen gegen Museen oder Infrastruktur werden als Bedrohung für nationale Werte und ökonomische Stabilität inszeniert.
- **Kontraproduktivität:** Proteste schadeten dem eigenen Anliegen, weil sie CO<sub>2</sub>-Emissionen verursachten oder Mehrheiten gegen Klimaschutz mobilisierten.
- **Dogmatismus/Opportunismus:** Aktivist:innen seien ideologisch verblendet oder auf Selbstinszenierung aus.

**Parteiverteilung:**

- Die AfD nutzte am häufigsten negative Frames, vor allem das „Recht-und-Ordnung“-Frame.
- CDU/CSU und FDP folgten mit ähnlichen, aber abgeschwächten Argumentationsmustern.
- Auch einzelne Stimmen aus SPD und Grünen distanzieren sich von radikaleren Protestformen.

**Zeitliche Dynamik:** Deutliches Ansteigen negativer Frames ab 2021, parallel zum Aufkommen der *Letzten Generation*.

Die Bundestagsdebatten zeigen eine systematische Delegitimierung zivilen Ungehorsams. Während Interpretationen à la Habermas diesen als unverzichtbares demokratisches Korrektiv verstehen, werden Klimaproteste zunehmend aus dem Rahmen legitimen Protests hinausdefiniert.

**Kernbotschaften zur Studie**

**1. Klimaproteste werden im Bundestag zunehmend als „Gefahr“ statt als demokratisches Korrektiv dargestellt.**

Meine Analyse von 330 Bundestagsdokumenten zeigt: Vor allem AfD, CDU/CSU und FDP rahmen Klimaproteste als Angriff auf Recht und Ordnung, als Sicherheitsrisiko oder gar als Terrorismus. Damit verschiebt sich die Wahrnehmung von legitimen Protestformen hin zu Kriminalisierung.

**2. Negative Frames nehmen seit 2021 stark zu – parallel zum Aufkommen der „Letzten Generation“.**

Während *Fridays for Future* teils noch toleriert wurde, werden radikalere Protestformen fast ausschließlich mit Bedrohung, Fremdsteuerung oder Gefährdung von Bürger:innen verknüpft. Diese Rhetorik rechtfertigt härtere Polizeimaßnahmen und Einschränkungen des zivilgesellschaftlichen Handlungsspielraums.

**3. Die Debatte betrifft nicht nur Klimapolitik, sondern die demokratische Kultur.**

Nach Habermas soll ziviler Ungehorsam demokratische Prozesse beleben und auf

Missstände hinweisen. Wenn Parlamente Protest jedoch systematisch delegitimieren, wird genau dieses demokratische Korrektiv blockiert. Damit steht mehr auf dem Spiel als Klimaschutz: Es geht um die Offenheit des öffentlichen Diskurses selbst.

## Grafiken

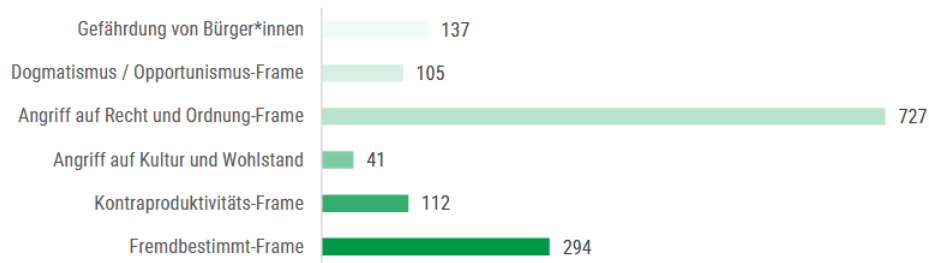


Abbildung 14: Häufigkeiten der Frames

In: Green Legal Impact Germany e.V. (2025)

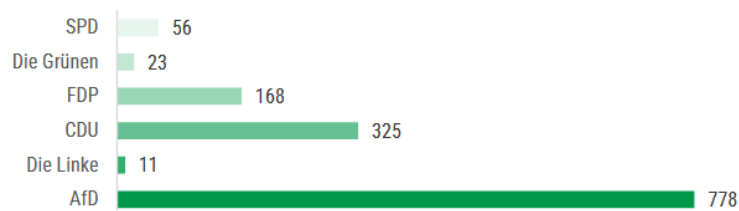


Abbildung 15: Verteilung der Frames nach Parteien

In: Green Legal Impact Germany e.V. (2025)

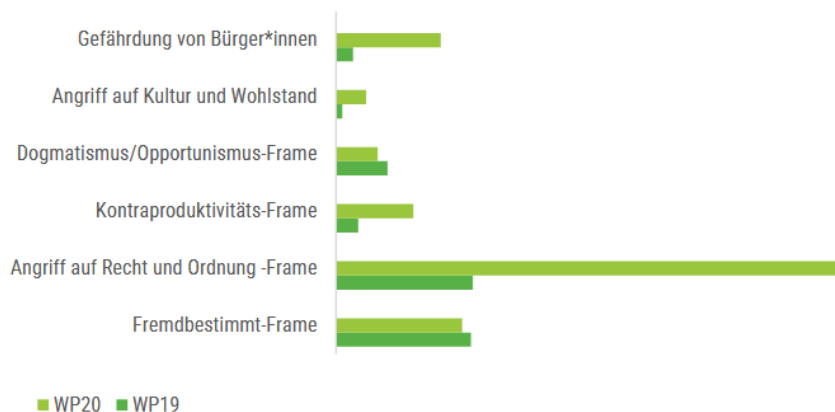


Abbildung 17: Verteilung der Frames im Zeitverlauf

In: Green Legal Impact Germany e.V. (2025)

## Quellen:

- Akbarian, Samira (2024) Recht brechen. Eine Theorie des zivilen Ungehorsams. C.H. Beck Verlag
- Green Legal Impact Germany e.V. (2025): Green Legal Spaces Studie 2025. Entwicklung politischer Teilhaberechte der Klimabewegung in Deutschland. Unter Mitarbeit von Siri Hummel. Berlin: Green Legal Impact Germany e.V. Online <https://protestinstitut.eu/publikationen/green-legal-spaces-studie-2025/>
- Hummel, Siri; Schubert, Peter (2025): Das Anti-NGO-Narrativ : Wie versucht wird, die Zivilgesellschaft zu delegitimieren. Berlin: Maecenata Institut (Opusculum, 200). Online <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssaar-104718-8>.
- Hummel, Siri: Shrinking Civic Space. In: Christoph Gille, Andrea Walter, Hartmut Brombach, Benjamin Haas und Nicole Vetter (Hg.): Zivilgesellschaftliches Engagement und Freiwilligendienste (Nomos Handbuch), S. 185–196.
- Hummel, Siri; Strachwitz, Rupert Graf (2023): Country Report. Germany. In: Aarti Narsee und Giada Negri (Hg.): Civic Space Report 2023. Fighting for Democratic Empowerment and Resilience. Brussels: European Civic Forum. Online <https://civic-forum.eu/wp-content/uploads/2023/03/Civic-Space-Report-2023-European-Civic-Forum.pdf>.
- Hummel, Siri; Strachwitz, Rupert Graf (2023): Introduction. In: Siri Hummel und Rupert Graf Strachwitz (Hg.): Contested Civic Spaces. A European Perspective. 1. Auflage. Berlin: De Gruyter Oldenbourg (Maecenata Schriften, 22), S. 1–5.

## Über die Expertinnen

[Ruth Simsa](#) ist außerordentliche Professorin am Institut für Soziologie und empirische Sozialforschung der Wirtschaftsuniversität Wien. Sie beschäftigt sich in Forschung und Lehre mit Organisationssoziologie, Zivilgesellschaft, Nonprofit-Organisationen, Führung und sozialem Wandel. Ein besonderer Fokus ihrer Arbeit liegt auf der Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure in gesellschaftlichen Transformationsprozessen sowie auf Führung und strategischer Entwicklung in Nonprofit-Organisationen. Neben ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit ist sie auch in der Organisationsberatung und Führungskräfteentwicklung tätig.

Email: [ruth.simsa@wu.ac.at](mailto:ruth.simsa@wu.ac.at)

[Siri Hummel](#) ist Direktorin des Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft und ist Politik- und Kommunikationswissenschaftlerin. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Demokratie und Zivilgesellschaft, sowie Gleichstellung in der Zivilgesellschaft und Stiftungsforschung. Zusätzlich ist sie Lehrbeauftragte im Studiengang Nonprofit Management and Public Governance an der Hochschule für Wirtschaft und Recht.

Email: [sh@maecenata.eu](mailto:sh@maecenata.eu)

## Kontakt für Rückfragen

**Manfred Krenn**

*Diskurs. Das Wissenschaftsnetz*  
T: +43 677 620 44 303  
E: [krenn@diskurs-wissenschaftsnetz.at](mailto:krenn@diskurs-wissenschaftsnetz.at)

**Cosima Danzl**  
*Diskurs. Das Wissenschaftsnetz*  
T: +43 660 721 83 75  
E: [danzl@diskurs-wissenschaftsnetz.at](mailto:danzl@diskurs-wissenschaftsnetz.at)

## Über Diskurs

***Diskurs. Das Wissenschaftsnetz*** ist eine Initiative zum Transfer von wissenschaftlicher Evidenz engagierter Wissenschaftler\*innen in die Öffentlichkeit. Wir setzen uns dafür ein, dass wissenschaftliche Erkenntnisse entsprechend ihrer Bedeutung im öffentlichen Diskurs und in politischen Entscheidungen zum Tragen kommen. Mehr Informationen finden Sie auf unserer Website <https://diskurs-wissenschaftsnetz.at/>

Sie möchten über unsere zukünftigen Mediengespräche und Pressemitteilungen informiert werden? Dann melden Sie sich doch bei unserem Presseverteiler an: <https://www.diskurs-wissenschaftsnetz.at/presseverteiler/>